

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6861

"Verhinderung betrügerischer Abrechnungen von Laborleistungen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6861 vom 10.06.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/8178 des VF vom 07.07.2015
3. Beschluss des Plenums 17/8393 vom 15.10.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 54 vom 15.10.2015



## **Antrag**

der Abgeordneten **Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Harald Güller, Florian Ritter, Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte, Arif Tasdelen** SPD

### **Verhinderung betrügerischer Abrechnungen von Laborleistungen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. über den Bund auf eine Präzisierung der Vorschriften der GOÄ mit dem Ziel hinzuwirken,
  - a) dass die behandelnden Ärzte verpflichtet werden, auf jeder von ihnen ausgestellten Rechnung über Laborleistungen, insbesondere Speziallaborleistungen, nicht nur implizit unter Bezugnahme auf § 1 Abs. 1 GOÄ, sondern ausdrücklich zu bestätigen, dass die entsprechende Leistung von ihnen selbst oder unter ihrer Aufsicht nach fachlicher Weisung erbracht worden ist und
  - b) dass Speziallaborleistungen des Abschnitts M III und M IV des Gebührenverzeichnisses nur direkt von den Laboren gegenüber den Patienten, nicht aber von behandelnden Ärzten gegenüber den Patienten abgerechnet werden dürfen.
2. schon vor einer entsprechenden Präzisierung der GOÄ
  - a) dafür Sorge zu tragen, dass die Möglichkeiten der für die Festsetzung und Auszahlung der Beihilfe zuständigen Dienststellen des Landesamts für Finanzen, Betugsversuche bei der Abrechnung von Laborleistungen zu erkennen und abzuwenden, dadurch verbessert werden, dass im Zuge der Digitalisierung der Beihilfebearbeitung und der computergestützten Rechnungsprüfung Abrechnungen über Laborleistungen speziell erfasst und geprüft werden und dass der Dienstherr im Fall erkannter unrechtmäßiger Abrechnungen von

Laborleistungen durch Ärzte Ansprüche Beihilfeberechtigter auf Rückerstattung oder Schadensersatz in allen Fällen gemäß Art. 14 Satz 4 BayBG auf sich überleitet und geltend macht,

- b) zu prüfen, inwieweit Beihilfeberechtigte verpflichtet werden können, bei allen Anträgen auf Erstattung von Kosten für Speziallaborleistungen eine ausdrückliche Bestätigung des behandelnden Arztes vorzulegen, dass die Leistung entsprechend den Vorschriften der GOÄ von ihm persönlich oder unter seiner Aufsicht nach fachlicher Weisung erbracht worden ist.

### **Begründung:**

Mitarbeiter des Landesamts für Finanzen haben bei ihrer Vernehmung als Zeugen vor dem Untersuchungsausschuss „Labor“ u.a. ausgeführt, dass es keine Möglichkeiten gebe, Betugsversuche bei der Abrechnung von Laborleistungen zu erkennen und abzuwenden und dass es keine rechtliche Grundlage dafür gebe, vor der Bewilligung von Beihilfeleistungen nachzufragen, ob in Rechnung gestellte Laborleistungen entsprechend den Vorschriften der GOÄ tatsächlich von den behandelnden Ärzten selbst oder unter ihrer fachlichen Weisung erbracht worden sind.

Trotz des Umstands, dass Ärzte auf jeder Rechnung auf der Grundlage der GOÄ implizit versichern, deren Regelungen eingehalten zu haben, ist es in der Vergangenheit im Zusammenwirken zwischen Laborunternehmen und Ärzten zu massenhaften betrügerischen Abrechnungen gekommen, wodurch den Privaten Krankenversicherungen und dem Staat ein Milliardenenschaden entstanden sein soll. Diesem Missstand kann und muss durch die vorgeschlagenen Schritte abgeholfen werden.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen**

**Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,  
Alexandra Hiersemann u.a. SPD  
Drs. 17/6861**

**Verhinderung betrügerischer Abrechnungen von Laborleistun-  
gen**

### **I. Beschlussempfehlung:**

**Ablehnung**

Berichterstatter: **Franz Schindler**  
Mitberichterstatter: **Jürgen W. Heike**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 25. Juni 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 7. Juli 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.

**Franz Schindler**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Harald Güller, Florian Ritter, Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte, Arif Tasdelen**  
**SPD**

**Drs. 17/6861, 17/8178**

**Verhinderung betrügerischer Abrechnungen von Laborleistungen**

**Ablehnung**

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**  
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 (Tagesordnungspunkt 4)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. Juli 2015 (Vf. 9-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Einrichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Der Bayerische Rundfunk“ (Bayerisches Rundfunkgesetz – BayRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 2003 (GVBl. S. 792, BayRS 2251-1-S), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 291 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286)  
PII-G1310.15-0006  
Drs. 17/8109 (G)
  - I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
  - II. Der Antrag ist unbegründet.
  - III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**CSU**

**SPD**

**FREIE WÄHLER**

**GRÜ**



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. Juli 2015 (Vf. 10-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des
1. § 48 Abs. 1, des § 58 Abs. 1 Nr. 1, des § 64 Abs. 1, Abs. 3 Satz 1 Nr. 4, Abs. 6 Nrn. 1 und 4 sowie des § 66 Abs. 9 Satz 2 Nr. 4 der Schulordnung für die Mittelschulen in Bayern (Mittelschulordnung – MSO) vom 4. März 2013 (GVBI. S. 116, BayRS 2232-3-K), zuletzt geändert durch § 2 Nr. 25 des Gesetzes vom 12. Mai 2015 (GVBI. S. 82),
  2. Art. 54 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2015 (GVBI. S. 183)
- PII/G1310.15-0005  
Drs. 17/8110 (E)
- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
  - II. Der Antrag ist unbegründet.
  - III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. August 2015 (Vf. 12-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Art. 3 Abs. 1 Satz 2, Art. 6, 15 Abs. 1, Art. 16 Abs. 1 Satz 2, Art. 21, 22 Abs. 2 Nr. 2 und Art. 26 des Gesetzes über den Vollzug der Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie der einstweiligen Unterbringung (Bayerisches Maßregelvollzugsgesetz – BayMRVG) vom 17. Juli 2015 (GVBI S. 222, BayRS 312-3-A)
- PII/G1310.15-00007  
Drs. 17/8111 (ENTH)

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<b>ENTH</b>

**Anträge**

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter  
Drs. 17/5953, 17/8166 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Berufspraktika für Asylsuchende ermöglichen  
Drs. 17/6543, 17/8167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Joachim Unterländer,  
Petra Guttenberger u.a. CSU  
Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter  
Drs. 17/6777, 17/8168 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Stimmrecht in der Frankfurter Fluglärmkommission beibehalten  
Drs. 17/6825, 17/8183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Vereinslandschaft in Bayern schützen – Rechtssicherheit im Mindestlohnsgesetz für den Sportbereich und das Ehrenamt schaffen  
Drs. 17/6829, 17/8169 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD  
Verhinderung betrügerischer Abrechnungen von Laborleistungen  
Drs. 17/6861, 17/8178 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Kathi Petersen, Johanna Werner-Muggendorfer u.a. SPD  
Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens durch muslimische Geistliche in den Justizvollzugsanstalten in Bayern  
Drs. 17/6863, 17/8179 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD  
Beschäftigungserlaubnisse für Asylbewerber und Geduldete aus sicheren Herkunftsstaaten bzw. für Asylbewerber, deren Asylantrag aus sonstigen Gründen als offensichtlich unbegründet abgelehnt worden ist  
Drs. 17/6864, 17/8180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD  
Potenziale nutzen – Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen verbessern  
Drs. 17/6865, 17/8170 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Neustrukturierung der Mitgliedschaft in der Frankfurter Fluglärmkommission nicht zu Lasten des Bayerischen Untermains  
Drs. 17/6959, 17/8184 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Fichtelgebirge wertschätzen – Tourismus stärken  
Drs. 17/6965, 17/8176 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht zur Tierzucht in Bayern  
Drs. 17/6989, 17/8240 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Michael Brückner, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU  
Bericht zur Kennzeichnung von Geflügelprodukten/Stopfleber mit Zwangsernährung und zu einem möglichen Importverbot von Geflügel-Stopfleber („Foie gras“)  
Drs. 17/7000, 17/8097 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. und Fraktion (CSU)  
Unabhängige Patientenberatung beibehalten  
Drs. 17/7679, 17/8082

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)  
Unabhängige Patientenberatung beibehalten  
Drs. 17/7680, 17/8081

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Unabhängige Patientenberatungsstellen sicherstellen!  
Drs. 17/7682, 17/8083

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Auffangstation Raubtier- und Exotenasy in Ansbach beim Kauf der bestehenden Anlage bzw. bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten unterstützen  
Drs. 17/6740, 17/7832

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**